

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Kaifu-Nachfolge

Tokio (spk) Der frühere japanische Finanzminister Kiichi Miyazawa hat am Freitag als erster Kandidat der regierenden Liberaldemokraten (LDP) seinen Anspruch auf die Nachfolge von Partei- und Regierungschef Toshiki Kaifu angemeldet.

Bombenanschläge

Bastia/Bayonne (spk) Auf Korsika und im französischen Baskenland sind am Freitag insgesamt vier Bomben explodiert, die beträchtlichen Sachschaden anrichteten. Verletzt wurde niemand. Als Urheber der Anschläge werden in allen Fällen separatistische Gruppen vermutet. In Bayonne galt der Anschlag der spanischen Banco de Bilbao, der im Südwesten Frankreichs mehrere Immobilienkomplexe gehören.

Visier auf Suriname

Den Haag (spk) Der niederländische Regierungschef Ruud Lubbers hat den Auslandsdienst IDB auf das Drogenkartell von Suriname angesetzt. Das berichtete die überregionale niederländische Tageszeitung «de Volkskrant» am Freitag.

Ungetrübte Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein

Am Sonntag beginnt Fürst Hans-Adam II. in Begleitung von Fürstin Marie seinen dreitägigen Staatsbesuch in Wien – Freundschaft der beiden Nachbarstaaten

(G.M.) – Zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich sind die gegenseitigen Beziehungen ohne Probleme. Diese Aussage machte der österreichische Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, als er im Juni unserem Land einen offiziellen Besuch abstattete. Auch Regierungschef Hans Brunhart bekräftigte damals an der Pressekonferenz das gute Einvernehmen der beiden Nachbarstaaten, die im bilateralen Bereich ihre offenen Fragen zu lösen verstehen, auf dem Parkett der multilateralen Beziehungen, die zunehmend grössere Bedeutung erhalten, zu einer guten Zusammenarbeit gefunden haben. Der Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II. in Österreich, der am Sonntag in Begleitung von Fürstin Marie sowie Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille nach Wien reisen wird, unterstreicht diese Einschätzung des freundschaftlichen Verhältnisses.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein werden einerseits durch die über zwanzig Abkommen und Verträge dokumentiert, die im Verlaufe der vergangenen drei oder vier Jahrzehnte abgeschlossen wurden. Andererseits deutet die in den siebziger Jahren in Schwung gekommene und seit-

her in regelmässigen Abständen erfolgte Besuchsdiplomatie auf die gegenseitige Wertschätzung der beiden Nachbarstaaten hin.

Das kleine Land Liechtenstein hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder die grosszügige Haltung Österreichs in verschiedenen Fragen kennenlernen können. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Bildungsabkommen mit der Gleichstellung der liechtensteinischen Studenten mit den österreichischen Studierenden, die Möglichkeit zur Unterbringung von Häftlingen in österreichischen Haftanstalten, die Tätigkeit österreichischer Richter im liechtensteinischen Rechtswesen.

Ergänzung zu den schweizerischen Beziehungen

Priorität der bilateralen Beziehungen geniesst trotzdem die Schweiz, mit der seit rund sieben Jahren ein enges Beziehungs- und Vertragsnetz aufgebaut wurde. In ihrem Bericht zur Aussenpolitik legte die Regierung 1987 diese Rangordnung dar: «Die bilateralen Beziehungen zu Österreich haben, neben dem Abschluss von Staatsverträgen vor allem im Bereich der rechtlichen Zusammenarbeit, der Ausbildung und Erziehung und

des Sozialwesens, wobei von Seiten der Republik Österreich liechtensteinischen Belangen ausserordentliches Verständnis und Entgegenkommen erwiesen wurde, in den letzten Jahren eine Intensivierung und Aufwertung erfahren. Auch in den Beziehungen zu Österreich gilt grundsätzlich, auf der bestehenden ausgezeichneten Partnerschaft aufzubauen und neue Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit aufzugreifen. Die besonderen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz erfahren damit eine wertvolle Ergänzung.»

Zeichen der Normalisierung

Bis die Beziehungen zu Österreich auf diese Stufe gestellt werden konnten, vergingen nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg allerdings lange Jahre, was Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein einmal zur Aussage veranlasste, die Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein seien «jahrzehntelang unterentwickelt» gewesen. Der Besuch von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky 1975 in Liechtenstein ist nach seinen Worten «ein sichtbares Zeichen der Normalisierung der Beziehung Liechtensteins zu seinem östlichen Nachbarn» gewesen.

Wohlwollen Österreichs

Aus einer längerfristigen Geschichts-

perspektive betrachtete Fürst Franz Josef II. bei seinem Staatsbesuch 1984 in Wien die Zusammenarbeit der beiden Nachbarstaaten. «Österreich ist ein Nachbar», führte er bei einer Tischrede in der Wiener Hofburg aus, «dessen freundschaftliches Interesse und Wohlwollen für die Belange Liechtensteins schon auf eine lange Tradition zurückblicken können und auch heute fortgesetzt werden».

An diese Beurteilung knüpfte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky an, als er an der Pressekonferenz im Juni in Vaduz von der «hochrangigen Aufgabe» der Nachbarschaftspflege sprach. Zu dieser Nachbarschaftspflege gehört heute, nachdem die Aussenpolitik im europäischen Rahmen zu einem bestimmenden Faktor für beide Staaten geworden ist, auch die Konsultation und Abstimmung der ausserpolitischen Schritte.

Österreich spielt im Rahmen der EFTA, weil es bereits ein konkretes Aufnahmegesuch an die EG gerichtet hat, eine Vorreiterrolle, an der sich zunehmend auch andere EFTA-Staaten orientieren. In Liechtenstein wird eine EGMitgliedschaft, wie bisher vor allem Fürst Hans-Adam II. betonte, kaum befürwortet. In Wien ist also für Gesprächsstoff in Europa-Fragen, die im Vordergrund stehen sollen, gesorgt.

Die NATO wird nach dem sowjetischen Umsturz mit Vorsicht agieren

Gespräch mit NATO-Generalsekretär Manfred Wörner vor seinem Vortrag im Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) in Vaduz

(G.M.) – Noch viele Fragezeichen sind nach dem Umsturzversuch in der Sowjetunion vorhanden, so dass die NATO mit der gebotenen Vorsicht agieren und ihre Verteidigungsposition aufrechterhalten werde. Dies erklärte NATO-Generalsekretär Manfred Wörner am Freitag nachmittag vor den Medien in einem Gespräch. Am Abend hielt der Generalsekretär der Atlantischen Allianz, der auch zu Gast bei Fürst Hans-Adam II. war, einen Vortrag über die Sicherheit in Europa vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) im Hotel «Real» in Vaduz.

Ursprünglich sollte der NATO-Generalsekretär im Januar vor dem Presseclub referieren, doch verhinderte der Golfkrieg diesen Auftritt. Das zweite Datum für seinen Vortrag wäre, im Gefolge der Ereignisse in der Sowjetunion, bald auch der Aktualität, die den NATO-Generalsekretär bindet, zum Opfer gefallen. Obwohl der Umsturzversuch in der Sowjetunion mit einem Scheitern endete, sind noch viele Fragezeichen vorhanden, erklärte Wörner vor den Medien. Ein schlimmer Winter stehe dem grossen Land im Osten bevor. Die NATO werde die notwendige Vorsicht walten lassen und ihre Verteidigungsposition aufrechterhalten.

Der NATO-Generalsekretär erklärte

mit Blick auf die Ereignisse in der Sowjetunion, es hätten ständige NATO-Kontakte zum russischen Präsidenten Boris Jelzin bestanden. Die diplomatischen Verbindungen sollen nach seinen Worten bestehen bleiben und gepflegt werden, auch mit den militärischen Kreisen, die sich sogleich auf die Seite der Reformer gestellt hätten. Die NATO allgemein verfolge das Ziel einer bewussteren und verstärkten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion – oder mit dem, was übriggeblieben ist.

Zur Situation in Jugoslawien äusserte sich der NATO-Generalsekretär zurückhaltend. Vorerst könne die Allianz, meinte er, nur die Bestrebungen der Europäischen Gemeinschaft unterstützen und auf Frieden in dieser Krisenregion hoffen. Weitere Schritte seien für die NATO, da es sich nicht um ein Mitgliedland handelt, derzeit nicht möglich.

Wörner sprach sich für eine weitere Reduktion der Waffenarsenale aus und bemerkte, dass die in Wien aufgenommenen Verhandlungen in einer Phase der Unsicherheit begonnen hätten. Allerdings würden auch positive Signale aus der Sowjetunion vorliegen. Er verband seine Ausführungen mit der Hoffnung, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine drastische Reduktion vorgenommen werden könne.

Die sowjetische Seite ist nach seinen



NATO-Generalsekretär Manfred Wörner stellte sich vor seinem Vortrag im LPC im «Sonnenhof» in Vaduz den Fragen der Medienvertreter aus Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Deutschland. (Bild: Beat Schurte)

Ausführungen gezwungen, eine Umstrukturierung vom Militärssektor auf den zivilen Bereich vorzunehmen. Jede andere Strategie sei angesichts der derzeitigen Situation im Lande zum Scheitern verur-

teilt. Die NATO, die er als Stabilitätsache in Europa bezeichnete, werde in Zukunft nur so viele Waffen halten, als für den Schutz der Mitgliedländer erforderlich sei.

De Maiziere stellt Ämter zur Verfügung

Bonn (AP) Der ehemalige DDR-Ministerpräsident Lothar de Maiziere stellt seine CDU-Ämter zur Verfügung. Wie er am Freitag in Bonn mitteilte, hat er den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, bereits am Donnerstag über diese Entscheidung informiert. Der Zeitpunkt der Übergabe der Bonner Aufgaben werde noch festgelegt, hiess es in einer von der CDU verbreiteten Erklärung.

De Maiziere ist stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und leitet die Programmkommission der Partei. Er ist ferner Chef der brandenburgischen CDU. In seiner Erklärung heisst es, er werde am heutigen Samstag den Antrag an den Landesvorstand in Brandenburg stellen, den für den 21. November geplanten Satzungsparteitag der Landespartei zugleich als Wahlparteitag durchzuführen. Dabei sollten der gesamte Vorstand, der Vorsitzende und seine Stellvertreter neu gewählt werden. «Für eine erneute Kandidatur zum Landesvorsitzenden stehe ich nicht zur Verfügung», betonte de Maiziere.

Der CDU-Politiker erklärte weiter, er habe Kohl vor der Sitzung mit den Parteivorsitzenden und CDU-Ministerpräsidenten der neuen Länder am Donnerstag in Bonn darüber informiert, dass er die Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und des Vorsitzenden der Grundsatzkommission niederlege.

Nicht in Putsch verwickelt

Moskau (spk/dpa) Für eine Verwicklung von Präsident Michail Gorbatschow in den gescheiterten Putsch gibt es nach Angaben der Staatsanwaltschaft keine Hinweise. «Wir haben nichts vorliegen, dass Gorbatschow mit dem Notstandskomitee oder etwelchen Aktionen zu tun hatte», sagte der oberste russische Ankläger, Valentin Stepankow am Freitag vor der Presse in Moskau.

Unmittelbar nach dem Putsch hatte unter anderem Ex-Aussenminister Eduard Schewardnadse gefordert, Gorbatschows Verhalten genauestens zu untersuchen. Nach Darstellung Stepankows sind bislang 14 Personen im Rahmen der Ermittlungen wegen Hochverrats festgenommen worden.

Inflation immer noch auf sechs Prozent

Monatsteuerung im August bei 0,5 Prozent – Kein deutlicher Teuerungsabbau mehr erwartet

Bern/Zürich (AP) Die Schweiz – und damit auch Liechtenstein – hat die Inflation auch im Monat August nicht in den Griff bekommen. Zwar ging die Jahressteigerung in den ersten acht Monaten auf 6,6 auf 6,0 Prozent zurück. Doch blieb die Monatsteuerung mit 0,5 Prozent sehr hoch. Der stellvertretende BIGA-Direktor Volker Kind sprach am Freitag von einem ausserordentlich mühsamen Kampf gegen die Inflation und widersprach Prognosen, wonach die Teuerungsrate im zweiten Halbjahr deutlich sinken soll.

Noch vor Monatsfrist hatten Kind und die meisten Prognostiker vorausgesagt, dass die Inflationsrate Ende August deut-

lich unter die Sechs-Prozent-Marke fallen werde. Diese Hoffnungen beruhten auf dem sogenannten statistischen Basisfaktor, das heisst auf dem Umstand, dass in der Vergleichsperiode des Vorjahres die Preise viel stärker gestiegen sind als in diesem Jahr. Die am Freitag vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten August-Zahlen zum Landesindex der Konsumentenpreise fielen jedoch ernüchternd aus: Mit 129,6 Punkten lag das Teuerungsbarometer um 6,0 Prozent über dem Stand vor Jahresfrist und um 0,5 Prozent über dem Stand vor Monatsfrist. Im August letzten Jahres hatte die Jahressteigerung 6,1 Prozent betragen, während der Preisindex innert Mo-

natsfrist wegen der Erdölpreisexlosion nach dem Ausbruch der Golfkrise um 1,1 Prozent in die Höhe geschneit war.

«Eine Monatsteuerung von 0,5 Prozent ohne solche spezifischen Einflüsse ist einfach zu hoch», konstatierte der stellvertretende Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA).

Ein Blick auf die BFS-Zahlen zeigt, dass im Monatsvergleich gegenläufige Entwicklungen eintraten. Stark verteuert haben sich die Ausgaben für Bildung und Erholung (+3,3%) und – etwas weniger deutlich – jene für Getränke und Tabakwaren (+0,7%).

Listenverbindungen in Graubünden

Chur (spk) Die Positionen im Vorfeld der Bündner Nationalratswahlen sind bezogen. Die Sozialdemokraten, die Christlich-sozialen Partei (CSP), die grüne Liste «Autunna verde» und «Jung 91» sind eine Listenverbindung eingegangen. Die bürgerlichen Parteien werden mit gleichem Vorgehen kontern, um ihren vierten Sitz zu halten, den ihr die links-grüne Koalition streitig macht.

Erklärter Zweck der links-grünen Listenverbindung ist es, der CVP ihren zweiten Sitz streitig zu machen. Die CSP lehnte eine Listenverbindung mit der CVP ab, von der sie sich 1989 abspaltete. Am Donnerstag abend gaben SP, CSP, «Autunna verde» und «Jung 91» ihre Listenverbindung offiziell bekannt.